

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für den Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr
vom 16. bis 30. November 1926 bei dgl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mh.
Vollbezugspreis für Monat November 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise:
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Reklamazeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Überschriften 10 Pf., Kunst. Aufsätze gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsführer:
Marie-Luise 38-42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unsererlangte Schriftstücke werden nicht ausbezahlt.

Die alten Pariser Vorwürfe.

Die deutschen Wünsche in der Entwaffnungsfrage angeblich unerfüllbar.

Ein Ende der Militärkontrolle in diesem Jahre ausgeschlossen!

Paris, 26. Nov. Die Pariser Abendpresse beschäftigt sich immer noch lebhaft mit dem Besuch des deutschen Botschafters bei Briand. Der „Intransigeant“ erklärt, daß Herr v. Goesch sich mit seinem Besuch allzu sehr beeilt hätte, da er Briand nicht einmal ausreichend Zeit genug gelassen hätte, die Rede Stresemanns durchzulesen. Der „Temps“ fügt hinzu, daß man die Ungebuld der deutschen Regierung verstehen könne, wenn man die Stimmung jenseits des Rheines sich vergegenwärtige. Die Reichsregierung scheine nicht darauf zurückzuführen, ihre Verpflichtungen in einem für die Alliierten unannehmbaren Sinne anzulegen. Die Regierung Marx hätte tatsächlich mit ernstlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Sie könne aber nicht von den Alliierten verlangen, daß sie dem Rechnung tragen und ihre gerechtfertigten Forderungen ihr zum Opfer brächten. Immerhin bestände noch die Hoffnung, daß die direkten Verhandlungen mit Paris und Berlin zu Ergebnissen führen würden, obgleich die zur Verhandlung stehenden Streitfragen keineswegs nebenläufiger Natur seien, wie von deutscher Seite behauptet wurde. Wenn die Uebereinstimmung erzielt worden sei, so wäre es an Deutschland, die Beschlüsse der Militärkontrollkommission durchzuführen. Der Vertrag hierfür würde von dem guten Willen und von dem Eifer Deutschlands abhängen. Es erlaube jedoch nicht anzunehmen, daß die Kontrolle bereits in diesem Jahre ihr Ende finden könne. Erst im Geht werde man feststellen können, ob alle Streitfragen befriedigend gelöst worden seien. Zum Schluß seiner Ausführungen hebt der „Temps“ hervor, daß der Uebertritt der Kontrolle von der Militärkontrollkommission an den Völkerbund ohne jede Unterbrechung vor sich gehen müßte.

Das „Journal“ will wissen, daß Briand nicht verheimlicht habe, daß für Frankreich die von Dr. Stresemann im Reichstage entwickelte Ansicht über die Entwaffnung und Invektivaktion sowie über die Unvereinbarkeit der Vornormen und der Rheinlandbesetzung unannehmbar sei. Allein die Vorkonferenz könne die interalliierte Kontrolle beenden, wenn die noch lebenden Streitfragen geregelt seien. Die Entwaffnung Deutschlands sei durch den Friedensvertrag geregelt und unabhängig von dem Rüstungsstande der anderen Nationen. (Z. II.)

Berlin ist zuverlässlich.

Berlin, 26. Nov. Gegenüber der Behauptung, Briand habe die außenpolitische Rede Stresemanns abgelehnt, wird an maßgebender Berliner Stelle festgestellt, daß bei der Unterredung zwischen Briand und Goesch von der Rede Stresemanns nur dann die Rede war, und daß Briand keinerlei Meinungen äußerte, die darauf schließen ließen, daß die Rede Dr. Stresemanns einen unangenehmen Eindruck auf ihn gemacht habe. — Die Verhandlungen in der Entwaffnungsfrage nehmen einen günstigen Verlauf, so daß in einigen Wochen auf einen Abschluß gerechnet wird.

Italien teilt den englischen Standpunkt.

London, 26. Nov. Die italienische Regierung hat hier andeuten lassen, daß sie die Auffassung der englischen Regierung über die Zukunft der Militärkontrollkommission in Deutschland teile und in Geht für die Uebernahme der Kontrolle an den Völkerbund eintreten werde.

Keine Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien.

Sofia, 26. November. Vor einigen Monaten hatte sich die bulgarische Regierung an die Vorkonferenz mit der Bitte um Aufhebung der Militärkontrolle gewandt. Nunmehr hat die Vorkonferenz dahin entschieden, daß eine Aufhebung der Militärkontrolle nicht in Frage kommen könne. Außerdem hat die Vorkonferenz die bulgarische Regierung aufgefordert, eine weitere Reduzierung der bulgarischen Armee durchzuführen. Die Presse nimmt diese Nachricht mit dem größten Unwillen auf.

Die englische Flottenmission für Griechenland.

London, 26. Nov. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge wird die neue englische Flottenmission für Griechenland u. a. einen höheren Offizier als Berater des Chefs des arabischen Flottenstabes, einen Offizier für Vorkontrollen an der Flottenakademie über Strategie und Taktik, vier Spezialisten für Artillerie, Torpedolancierung, Signalisierung und Unterseeboote, sowie drei Wasserflugzeugpiloten umfassen. (Z. II.)

Offiziersabbau in der Roten Armee.

Moskau, 25. Nov. Im Zusammenhang mit der Sparmaßnahme sind auf Befehl des revolutionären Kriegsrates zahlreiche Offiziere der Roten Armee aus dem aktiven Dienst entlassen und in die Reserve übergeführt worden. Sie sollen sämtlich Beamtenposten in verschiedenen Volkskommissariaten erhalten. Diese Maßnahme hat unter den abgebauten Offizieren eine starke Mißstimmung erzeugt, wie aus einem Briefe hervorgeht, den der Kriegskommissar Woroschilow an das Offizierskorps der Roten Armee gerichtet und veröffentlicht hat. Der Kriegskommissar bittet darin die Offiziere, sich nicht „nervösen Verstimmungen“ hinzugeben und zu bedenken, daß der vorgenommene Abbau unumgänglich notwendig gewesen wäre, um bedeutende Summen, die sonst für Offiziersgehälter verausgabt worden wären, für die Ausrüstung der Roten Armee freizumachen. Die Offiziere sollten darin keine Unterschätzung ihrer Bedeutung sehen. Im Kriegsfall würden sie als unentbehrlich für das Heer sofort wieder eingestellt werden. Bis dahin hätten sie in verschiedenen Beamtenstellen Gelegenheit, der Sowjetrepublik ihre Kräfte in anderer Weise zur Verfügung zu stellen.

Die Abkühlung der türkisch-französischen Freundschaft.

Von unserem Korrespondenten.

Konstantinopel, im November.

Der französische kulturelle Einschlag in der Türkei ist von jeher sehr groß gewesen und er machte sich vor allem während der letzten Jahre in den erstaunlichen Umwälzungen auf kulturellem Gebiete stark bemerkbar. Die Verwestlichung der Türkei ist in harter Anlehnung an die Kultur Frankreichs erfolgt, da das geistige Rüstzeug der Neuerer in Angora vorwiegend französischen Ideen entstammt. In doch die französische Sprache nahezu zur zweiten Landessprache geworden und wird hier von jedem, der nur etwas Anspruch auf einen gewissen Bildungsgrad macht, zum wenigsten leidlich verstanden. Diese große Ausbreitung der französischen Sprache ist einzig dem systematisch betriebenen Ausbau eines Netzes französischer, vorwiegend Ordensschulen zu verdanken. Heute finden wir in Konstantinopel über dreißig französische Schulen (nur eine deutsche!); es erscheinen hier neben sieben türkischen Zeitungen fünf in französischer Sprache, die natürlich vorwiegend der Verbreitung französischer Interessen dienen. Es ist daher nur zu verständlich, daß Frankreich sich gerne darin gefällt, sich als die „geistige Mutter der Türkei“ zu bezeichnen und, wenn sich politische Kapital daraus schlagen ließe, auf seine „traditionelle, seit Jahrhunderten währende uneigenständige Freundschaft zur Türkei“ hinzuweisen. Auch in den letzten Jahren hatte von Zeit zu Zeit dieses gern und oft geäußerte Lied von der franco-türkischen Freundschaft wider, immer gerade zu einem solchen Zeitpunkte, wo sie sich dem Gesamtplan französischer Außenpolitik nutzbringend einfügen ließ. Dieses Wechselspiel, das seinen einen Pol in der Mosulpolitik, seinen Gegenpol an Rhein und Ruhr fand, erreichte seinen Höhepunkt in dem energischen Auftreten des französischen Türkenreutes Franklin-Deauville dem englischen General Harrington gegenüber beim Abschluß des Waffenstillstandes von Mudania. Frankreich erhielt daraufhin seine Kompensationen am Rhein, und bei den Friedensverhandlungen in Lausanne schaute sich die Türkei vergebens nach der erhofften französischen Hilfe um. So haben wir dann des öfteren noch Frankreich mit Angora Verträge und Freundschaften anknüpfen, die lediglich eigener Interessenpolitik dienen, und um deren Einhaltung es sich nach Erreichung des Zieles nicht so sonderlich zu kümmern pflegte. Der seinerzeit viel besprochene Angora-Vertrag Franklins-Deauvilles ist niemals recht zur Ausführung gelangt und der zum Erlaß dafür im vorigen Jahre abgeschlossene Souvenel-Vertrag hat daselbst die gleiche Schicksale erfahren. Er war, wie alle derartigen Verträge, ein Versuch, die englische Orientpolitik zu durchkreuzen. Er vermachte aus dem neuen im Angora-Vertrag bereits zugestandenen Durchzug türkischer Truppen durch Nordirak, was in London größte Besorgnis hinsichtlich des damals drohenden Kampfes um Mosul hervorrief und zu Zueinanderdrängen anderorts an die französische Politik zwang. Prompt wurde daraufhin der kaum unterzeichnete Vertrag nahezu völlig widerrufen, und Angora, jedes Stückchenes beraubt, sah sich gezwungen, die so ungünstige und ungerichte Entscheidung des Völkerbundes in der Mosul-Frage anzunehmen. Der dann als Erlaß abgeschlossene arg beschnittene zweite Souvenel-Vertrag ist in Frankreich nicht ratifiziert worden und hat auch wohl wenig Aussicht darauf. Die in ihm der Türkei zugestandenen Regulierungen der syrischen Grenze beschränken sich auf wenige kleine Dörfer und dienen lediglich französischen Interessen, da sich die Türken verpflichten, die Ausständigen nicht zu unterstützen. Die Frage der nordirakischen Gebiete von Alexandrette und Aleppo die vorwiegend türkische Bevölkerung aufweisen — man spricht hier gerne von einem türkischen Einfluß — sollte dahin geregelt werden, daß eine nahezu völlige Selbständigkeit in Aussicht gestellt wurde. Anstatt dessen hat man jetzt seit einigen Monaten dort mit einer systematischen Ausrottung der türkischen Sprache und Kultur begonnen und vor allem aus der Schule die türkische Unterrichtssprache verbannt. Die Erregung der türkischen Bevölkerungskreise ist daher sehr groß, und dies dürfte sich in dem ohnehin so unruhigen Syrien leicht in weiteren Ausständen Luft machen.

Es ist nicht zu verwundern, daß in dieser Hinsicht in der Türkei gewisse Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit Frankreichs aufkeimen und, was die franco-türkische Freundschaft anlangt, so hat sie durch überaus peinliche Zwischenfälle der allerletzten Zeit manch argen Stoß erfahren. Noch heute hat sich die Aufregung über den „Lotus“-Zwischenfall nicht völlig gelegt als Reaktion auf die Art, wie die öffentliche Meinung in Frankreich eine an sich rein juristische Angelegenheit zu einem ernstlichen diplomatischen Zwischenfall gefälligst aufgebaut hat. Es stieß im September der französische Dampfer „Lotus“ mit dem türkischen Dampfer „Vostok“ unweit Smirna zusammen, wobei sieben türkische Untertanen ums Leben kamen. Die türkischen Behörden verhafteten daraufhin den französischen Kapitän Desmons und überführten ihn den ausländischen Gerichten, die dann den französischen sowie auch den türkischen Kapitänen wegen falscher Randvermerkung zu einigen Monaten Gefängnis verurteilten. Der Franzose wurde bereits vor Beginn der Verhandlungen auf freien Fuß gesetzt und durfte sogar die Heimreise antreten und sprach sich in einer öffentlichen Erklärung lobend

2000 arbeitslose jüdetendendeutsche Lehrer!

Deutsche Anklagen im Prager Parlament.

Prag, 26. Nov. Der Abgeordnete Kodina vom Bund der Landwirte wies im Abgeordnetenhaus auf die Unterdrückung des jüdetendendeutschen Schulwesens hin, dem auf tschechischer Seite der Ausbau des Schulwesens mit etwa 17 000 Volksschulen und 500 Bürgerschulen gegenüberstehe. In den für tschechische Kinder eingerichteten Minderheitenschulen seien zum großen Teil deutsche Kinder eingeschult worden.

Der Durchschnittpreis für tschechische Kinder betrage sieben für jede Schule.

Die Minderheitenschulen dienen in erster Linie Zerschlagungszwecken. — Nach Feststellung des kommunistischen Abgeordneten Wünsch gibt es nicht weniger als 2000 beschäftigungslose jüdetendendeutsche Lehrer. Der sozialdemokratische Abgeordnete Krpal stellte fest, daß der Klassenabbau auf tschechischer Seite 5. auf deutscher Seite 9 Prozent betrage. Im Vorjahre seien etwa 8000 deutsche Kinder in den tschechischen Volks- und Bürgerschulen eingeschult gewesen.

Anschlag auf die wirtschaftliche Einheit Ostoberschlesiens.

Nach Blättermeldungen aus Katowitz soll die polnische Regierung im Widerspruch zum Genfer Abkommen die Einbeziehung des Industriebezirkes Sosnowice-Dombrowa einschließlich der Stadt Gieschman und des Teschener Schlesiens mit Vießig in den Bereich der Eisenbahndirektion Katowitz planen. Dieroch würden die polnischen Kohlenwerke mit der einzigen Ausnahme des Krakauer Reviers eisenbahntechnisch verbunden sein. Die Blätter bezeichnen diesen Plan als eine Vorbereitung für die Verschmelzung rein polnischer Volkswirtschaften mit Ostoberschlesien, also einer Beseitigung der Autonomie Ostoberschlesiens.

Die bedrohten Minderheitenschulen in Polen.

Kulturminister Bartel ergreift Schutzmaßnahmen. Warschau, 26. Nov. Der Kulturminister Bartel hatte am Donnerstag einen heftigen Zusammenstoß mit seinem Stellvertreter wegen dessen rigorosen Vorgehens gegen die Minderheitenschulen in Polen. Bartel forderte schließlich seinen Stellvertreter auf, die Demission einzureichen. Als dieser sich weigerte, erklärte ihn Bartel als sofort seines Amtes enthoben. Bartel erließ darauf durch ein telegraphisches Zirkular an die Kreisinspektoren die Weisung, daß die Verfassungen der Minderheitenschulen sofort einzufrieren seien. (Z. II.)

Das neue Memel-Direktorium.

Memel, 25. Nov. Gouverneur Schalkauskas hatte den früheren Landesdirektor Falk mit der Bildung eines neuen Direktoriums beauftragt. Falk hat darauf ein Arbeitsdirektorium gebildet und zu Landesdirektoren den früheren Landespräsidenten Vorherr und den bisherigen Landesdirektor Scharfetter ernannt. Heute mittag erfolgte auf dem Landesdirektorium die Uebergabe der Geschäfte an das neue Direktorium. (W. Z. B.)

Ein deutscher Richter im ägyptischen gemischten Tribunal.

London, 26. Nov. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kairo ist beschlossen worden, in den ägyptischen gemischten Gerichtshof erster Instanz einen deutschen Richter zu ernennen. Dadurch wird zum ersten Male seit Ausbruch des Weltkrieges wieder ein Deutscher an der Spitze der Vertreter der anderen Mächte an den internationalen Schiedsgerichten in Kairo teilnehmen. (Z. II.)

London, 26. Nov. Der König hat die Ernennung Mafeyns zum außerordentlichen Gesandten Kanadas in Washington bestätigt. (Z. II.)